

Übersicht

AUSSENPOLITIK

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

(1) Erwin Wickert wird neuer Botschafter der Bundesrepublik in Peking

Der bisherige deutsche Missionschef in Bukarest wird als Nachfolger von Rolf Pauls neuer Botschafter der Bundesrepublik in der VR China.

Zur Person Erwin Wickerts teilte das Auswärtige Amt folgendes mit (Bulletin der Bundesregierung vom 29. Juli 1976): "Dr. Wickert wurde am 29. Januar 1915 in Bralitz geboren. Von 1934 bis 1939 studierte er Germanistik, Volkswirtschaft, Zeitungs- und Staatswissenschaften sowie Kunstgeschichte und promovierte 1939 zum Dr. phil. Dem Auswärtigen Amt trat Dr. Wickert 1939 bei. Er wurde zunächst der Botschaft Shanghai, später der Botschaft Tokyo zugeteilt. Nach Kriegsende blieb er bis zu seiner Repatriierung im Jahre 1947 in Japan. Danach folgten mehrere Jahre schriftstellerischen Schaffens. 1955 trat er wieder in den Auswärtigen Dienst ein und arbeitete bis 1960 als Legationsrat Erster Klasse an der Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO. Anschließend war er bis 1968 Referent in der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes. Von 1968 bis 1971 war er als Gesandter und ständiger Vertreter des Botschafters in London tätig. Seit September 1971 leitet Dr. Wickert die Botschaft in Bukarest. Botschafter Dr. Wickert ist verheiratet und hat 3 Kinder".

Schon in den 30er Jahren war Wickert schriftstellerisch hervorgetreten. In der durch die Nachkriegszeit erzwungenen "diplomatischen Pause" schrieb er Hörspiele und erhielt 1952 mit dem Stück "Darfst Du die Stunde rufen?" den ersten Hörspielpreis der Kriegsblinden. Seit 1963 gehört er dem PEN-Zentrum an. Von seinen Romanen wurde am bekanntesten "Der Auftrag" (1961), in dem die Taiping-Revolution (1851—1864) durch teils fingierte, teils verbürgte Augenzeugenberichte ausgeleuchtet wird. Als Anhang ist dem Roman eine Kritik aus den "Sinologischen Forschungen, Jahrgang XXVII, Heft 3" beigefügt, die sich mit den möglichen Vorwürfen gegen historische Ungenauigkeiten auseinandersetzt und dem Leser, der historisch "genau" unterrichtet sein möchte, die einschlägigen Standardwerke empfiehlt. Diese Kritik ist in Wirklichkeit von Wickert selbst geschrieben, der bereits zu Beginn des Werkes ein Zitat Kierkegaards über die Ironie gebracht hat.

(2) Meldungen über die Bundesrepublik

a) Zur Erklärung der Bundesrepublik vom 1. Juli auf die sowjetische Erklärung vom 22. Mai über die bilateralen Beziehungen: "In der sowjetischen Erklärung war Druck auf Westdeutschland ausgeübt worden, und diese Erklärung bedeutete eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik." Die Entspannungspolitik sei fest eingebettet in die gemeinsame Politik der Nato-Partner. Die Bundesregierung sei sich bewußt, daß es keine Entspannung ohne Sicherheit geben könne. Auch habe sich Bonn zu Recht gegen den sowjetischen Ausdruck "Nation der Bundesrepublik Deutschland" gewandt. Es sei unkorrekt, derartige Bezeichnungen zu benutzen, denn die Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland erachteten sich selbst als Teil der deutschen Nation, die gezwungen ist, in 2 Staaten zu leben. (NCNA 5. 7. 76)

b) Positive Stellungnahme zu einer verteidigungspolitischen Tagung der CDU/CSU vom 3. Juni 1976 in München: Hierbei werden vor allem Strauß und Kohl zitiert.

Strauß habe vor allem zu einer Überprüfung westlicher Kredite für die Sowjetunion aufgefordert. Die Länder des Warschauer Paktes seien dadurch in die Lage versetzt worden, einen beträchtlichen Teil des begrenzten Produktionswertes ihrer Volkswirtschaften für Aufrüstung zu verwenden, mit der man Offensivziele verfolge. Kohl habe vor allem auf das Ziel der Sowjetunion hingewiesen, die Rolle der USA in Europa zu minimalisieren, ferner von den Leistungen der westlichen Wirtschaft und Technologie zu profitieren, den Fortschritt der EG zu blockieren und den Westen in ein Gefühl der Sicherheit "einzulullen". (NCNA 6. 7. 76)

WESTEUROPA

(3) Peking zeigt sich erfreut über die Niederlage der italienischen Kommunisten bei den Parlamentswahlen

Peking nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis, daß die christlich-demokratische Partei bei den italienischen Parlamentswahlen vom 20./21. Juni die Mehrheit der Sitze errang (263 gegenüber 227 Sitzen der KPI).

Die von Berlinguer geführte KPI wird als "revisionistisch" bezeichnet. Zwei Kriterien sind dafür offensichtlich maßgebend:

Auf der einen Seite habe die KPI versprochen, im Falle ihrer Regierungsbeteiligung Demokratie und Vielparteiensystem beizubehalten und die "soziale und politische Freiheit zu schützen und zu erweitern", alle Auslandsschulden zu tilgen und weder aus der NATO noch aus dem westeuropäischen Gemeinsamen Markt auszutreten. Der zweite und wichtigere Grund für die negative Einschätzung der KPI dürfte aber darin liegen, daß Peking ein Zusammenspiel mit der Sowjetunion befürchtet.

Die sowjetischen Revisionisten hätten keine Mühe gescheut, der KPI zum Sieg zu verhelfen. (PRu 1976, Nr. 27, S. 22)

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(4) Scharfe Verurteilung der polnischen Führung anlässlich der Arbeiterstreiks vom Juni 1976

Am 24. Juni hatte der polnische Ministerpräsident der Nationalversammlung den Plan unterbreitet, ab 28. Juni dieses Jahres die Preise für Grundnahrungsmittel zwischen 50 und 100 % zu erhöhen. Als Reaktion kam es zu ausgedehnten Streiks, vor allem in der Traktorenfabrik von Ursus im Südwesten von Warschau. Die polnische Regierung mußte daraufhin ihre Preiserhöhungs-Ankündigung wieder rückgängig machen. Dazu Pekings Kommentar: "Der jüngste Streik war das unvermeidliche Resultat der Verschärfung der Widersprüche zwischen dem polnischen Volk und der dort herrschenden Clique. Seit mehr als 20 Jahren folgt die herrschende Clique Polens der sowjetischen Revisionistenclique auf dem Fuße, hat den Kapitalismus im Lande restauriert und die landwirtschaftliche Produktion Polens in die Sackgasse geführt... Die in den letzten Jahren verstärkte Ausplünderung, Ausbeutung und Kontrolle Polens durch die neuen Zaren ist eine weitere Ursache, die zu diesem Streik geführt hat. Infolge des Rückgangs der sowjetischen Landwirtschaftsproduktion der letzten Jahre ist die Sowjetunion nicht imstande, Polen, wie vereinbart, mit Getreide zu versorgen... Darüberhinaus hat die Sowjetunion Polen gezwungen, sie mit großen Mengen von Fleisch und Fleischprodukten zu beliefern..." (PRu 1976, Nr. 27, S. 22)

NORDAMERIKA

(5) Welche Chinapolitik würde eine US-Administration unter Präsident Carter einschlagen?

Zu diesem Problem äußerte sich der Harvard-Professor Jerome Cohen, ein Fachmann auf dem Gebiet des chinesischen Rechts, der als "a member of the Carter Foreign Policy Advisory Group" zitiert wird.

Unter allen Umständen müsse eine Carter-Administration auf eine Normalisierung mit China hinarbeiten. Zwei unumgängliche Voraussetzungen seien dabei zu erfüllen, nämlich zum einen die Beendigung der diplomatischen Beziehungen zu Taiwan und zum anderen die Suspendierung des taiwanesisch-amerikanischen Verteidigungsabkommens von 1954.

Dabei sei jedoch stets darauf zu achten, daß die Interessen Taiwans, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht, gewahrt würden. Am liebsten sähen die meisten Amerikaner eine Zwei-China-Lösung, die jedoch angesichts des starren Festhaltens beider Regierungen an ihrem Alleinvertretungsrecht für ganz China nicht zu erreichen sei.

Eine Lösung könne vielleicht darin bestehen, daß die gegenwärtigen Verhältnisse "umgedreht" würden: also mit Peking diplomatische Beziehungen und mit Taiwan ein "Verbindungsbüro", wie es gegenwärtig noch zwischen Washington und Peking besteht. Die amerikanische Politik müsse sich bei ihrem Vorgehen nicht von irgendwelchen weltanschaulichen Vorstellungen leiten lassen, sondern allein von der Tatsache, daß es eben heute das kommunistische Regime sei, das China beherrsche. Neben dieser gleichsam "halboffiziellen" Lösung gebe es noch die Möglichkeit, den japanischen Weg zu beschreiten und nichtoffizielle Organe aufzubauen.

Vernünftige Lösungen könnten mit Peking allerdings nur dann ausgehandelt werden, wenn sich nach dem zu erwartenden Ausscheiden Maos die Führungsverhältnisse in Peking wieder stabilisierten, wenn also vor allem die Gruppe um Chiang Ch'ing ausgeschaltet würde. (CSM, 21. Juli 1976)

SÜDAMERIKA

(6) Chinesischer Kredit für Chile?

Wie "aus diplomatischen Kreisen in Peking verlautet", hat Chile von China einen Kredit über 52 Mio Dollar eingeräumt bekommen. Santiago will den Kredit in den nächsten vier Jahren für den Kauf chinesischer Erzeugnisse verwenden.

China hatte der früheren marxistischen Regierung Chiles unter Präsident Salvador Allende, die 1973 durch den Staatsstreich der Junta ausgeschaltet wurde, bereits im J. 1971 57 Mio Kredit eingeräumt, von denen jedoch nur 5 Mio abgerufen wurden. Das Abkommen wäre am 30. Juni ausgelaufen. Nach dem Sturz Allendes hatte Peking die chilenische Junta unter Pinochet anerkannt und dem Botschafter der Regierung Allende die Akkreditierung entzogen — ein Akt, der vor allem von der sowjetischen Presse als Verrat am Sozialismus angeprangert wurde. China bezieht von Chile vor allem Kupfer und Salpeter. Chile will den Kredit für den Kauf chinesischer Erzeugnisse verwenden. (Die Welt, FAZ, 14. Juli 1976)

AFRIKA

(7) Offizielle Übergabe der Tansam-Bahn

Am 14. Juli übergab der stellvertretende chinesische Ministerpräsident Sun Ch'ien die von China gebaute 1860 km lange Tansam-Bahn formell an die Staatspräsidenten von Tansania und Zambia. Bei dieser von den Afrikanern "Uhuru-Eisenbahn" ("Große Freiheitsbahn") genannten Strecke handelt es sich um das bedeutendste chinesische Entwicklungshilfeprojekt überhaupt.

Aus chinesischer Sicht (PRu 1976, Nr. 30, S. 14 f.) stellt sich das Tansam-Projekt folgendermaßen dar:

"Die 1860 Kilometer lange Tansania-Sambia-Eisenbahn hat ihren östlichen Endpunkt in Daressalam, der Hauptstadt Tansanias. Sie durchzieht den Süden und den Südwesten des Landes, quert die Nordprovinz von Sambia und schließt in Kapiri Mposhi an die sambische Eisenbahn an. Sie hat 93 Bahnhöfe, über 300 Brücken, mehr als 20 Tunnels und über 2200 Durchlässe. Zu ihrem System gehören über 1900 Kilometer Freileitungen und eine komplette Fernmelde- und Signalanlage. Die Nutzfläche der entlang der Bahn errichteten Gebäude beträgt über 370 000 Quadratmeter. In Daressalam und in Mpika, Sambia, wurde je eine Lokomotiv- und Waggonreparaturfabrik gebaut. Für den Bahnbau mußten

88,87 Millionen Kubikmeter Erde und Steine bewegt werden — ein Volumen, das ausreichen würde, einen den Äquator mehr als zweimal umspannenden Wall von einem Meter Höhe und einem Meter Breite zu errichten.

Die Fertigstellung der Tansam-Bahn ist die Frucht der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den Regierungen und Völkern von Tansania, Sambia und China. Sie ist ein Triumph der Länder und Völker der Dritten Welt, die mit eigener Kraft und durch gegenseitige Unterstützung ihre Volkswirtschaften entwickeln. Die erfolgreiche Fertigstellung dieser Eisenbahn ist von weitreichender politischer und ökonomischer Bedeutung. Sie hilft Tansania bei der Ausbeutung seiner Kohle- und Eisenerzlager im Süden und hilft Sambia, die von den Rassisten Rhodesiens und Südafrikas verhängte Blockade zu durchbrechen. Sie ist günstig für die Konsolidierung der Unabhängigkeit Tansanias und Sambias und für die Entwicklung ihrer jeweiligen nationalen Wirtschaft ebenso wie für die Stärkung der Bande zwischen Tansania und Sambia und zwischen den Ländern Ostafrikas und des südlichen Zentralafrika.

Die Fertigstellung der Tansam-Bahn versetzt dem Imperialismus einen schweren Schlag und ist eine große Ermutigung für die Völker der Dritten Welt. Die zwei Supermächte, die USA und die Sowjetunion, und andere imperialistische Länder weigerten sich, beim Bau dieser Bahn zu helfen. Sie schmähten Tansania und Sambia wegen deren Entschlossenheit, die Bahn zu bauen, bezeichneten das Projekt als "Phantasterei und Illusion". Sie verhöhnten die großen Anstrengungen der beiden Länder, indem sie sagten, das Vorhaben sei zum Scheitern verurteilt und würde zum Gespött werden. Die Presse Tansanias und Sambias zeigte auf: "Mit der Fertigstellung dieser Eisenbahn haben die Imperialisten in Afrika eine Schlacht verloren", was zeige, daß "es den unabhängigen Ländern Afrikas möglich ist, einen Weg zu beschreiten, der vom Neokolonialismus wegführt".

Regierungen und Völker Tansanias und Sambias hatten schon lange den Wunsch, diese Eisenbahn zu bauen. 1965 besuchte der tansanische Präsident Nyerere China, zwei Jahre später stattete der sambische Präsident Kaunda unserem Land einen Besuch ab. In ihren Zusammenkünften mit dem Vorsitzenden Mao Tse-tung, dem großen Führer des chinesischen Volkes, brachten beide dieses großartige Projekt zur Sprache. Schließlich wurde beschlossen, die Eisenbahn in gemeinsamer Anstrengung zu bauen. Im September 1967 wurde von den Regierungen von Tansania, Sambia und China das Abkommen über den Bau der Tansam-Bahn unterzeichnet.

Die Arbeiter und Techniker arbeiteten hart und beharrlich, so daß die Vermessung der vorgesehenen Strecke, ihre Untersuchung und die Entwurfsarbeit nur etwa zwei Jahre dauerten. Die Bauarbeiten begannen im Oktober 1970. In nur einem Jahr waren die Schienen für den 502 Kilometer langen Streckenabschnitt von Daressalam bis Mlimba verlegt. Im folgenden Jahr wurde der schwierigste Abschnitt, die 155 Kilometer von Mlimba bis Makumbako, fertiggestellt — für den allein ein Drittel der Bauarbeiten des gesamten Projekts nötig war. Nach Vollendung der Arbeit des Schienenverlegens im tansanischen Streckenteil im August 1973 benötigte das Heer der Bauarbeiter weitere 22 Monate, um den 884 Kilometer langen Schienenstrang in Sambia zu verlegen. Am 7. Juni 1975 wurde die Endstation Kapiri Mposhi erreicht. Der Personen- und Gütertransportverkehr wurde am 22. Oktober probeweise aufgenommen. Nach einem weiteren

Jahr harter Arbeit beendeten die Bauarbeiter im Juni dieses Jahres die Abschlußarbeiten, die vor allem in der Montage der Anlagen entlang der ganzen Strecke bestanden.

Seitdem der Verkehr am 22. Oktober 1975 probeweise aufgenommen wurde, gab es auch in der fünf Monate dauernden Regenzeit keine Probleme. Die Praxis bewies, daß die Eisenbahn dem geplanten Standard völlig entspricht und daß die Lokomotiven, die Waggons, die Fernmelde- und Signaleinrichtungen gut und leistungsfähig sind.

Von den Eisenbahnbehörden zusammengestellte Statistiken zeigen, daß in den ersten acht Monaten des probeweisen Personen- und Gütertransportverkehrs große Gütermengen befördert wurden, darunter 159 000 Tonnen Kupfer und Zink aus Sambia und 130 000 Tonnen Getreide, Kunstdünger, Stahlprodukte, Maschinen und Ersatzteile, alles von Sambia importiert, sowie etwa 100 000 Tonnen Baumaterial für die Bahn selbst. Vor kurzem wurde die Bahn für den Transport von Lokomotiven, Anlagen zur Stromerzeugung und Soda nach Zaire genutzt. Ferner hat sie 250 000 Personen befördert.

Mehr als 10 000 tansanische und sambische Techniker und Arbeiter spielen beim Betrieb der Tansam-Bahn eine wichtige Rolle. Alle Bahnhöfe, ob groß oder klein, werden je nach Lage von Tansaniern oder Sambiern betrieben und die Lokomotivführer der beiden Länder haben begonnen, selbständig ihre Aufgabe zu erfüllen. Diese Tatsachen beweisen, daß die Völker von Tansania und Sambia nicht nur fähig waren, die Eisenbahn zu bauen, sondern auch imstande sind, sie gut zu betreiben."

Tansania transportierte sein Kupfer ursprünglich über Rhodesien; als sich Lusaka mit dem rassistischen Regime seines südlichen Nachbarstaates verfeindete, benutzte es die Benguela-Bahn nach Westafrika. Der Bürgerkrieg in Angola unterbrach jedoch auch diese Route, sodaß Zambia nunmehr — koste es was es wolle — auf die Tansam-Bahn angewiesen ist.

Die Chinesen hatten das Projekt zu einer Zeit zugesagt, als Zambia noch zu zwei Dritteln von Ländern wie Rhodesien, Portugiesisch-Mozambique und Portugiesisch-Angola eingeschlossen war. Seit der Dekolonisierung der beiden ehemaligen portugiesischen Provinzen ist von der "antikolonialistischen" Motivation ein wesentliches Stück verloren gegangen.

Die Tansam-Bahn ist ein "Schaufensterstück" chinesischer Entwicklungshilfepolitik und wird auf Afrikaner Eindruck machen, auch wenn sich dies momentan nicht in Erfolgen niederschlägt. (Verwiesen sei etwa auf die Mißerfolge der chinesischen FNLA-Politik in Angola)

Zu den Reden der Präsidenten Sambias und Tansanias vgl. ferner PRu 1976, Nr. 30. S. 13 ff.

(8) Verstärkte Aktivität der VR China in Afrika

Nach einer Periode, in der sich die Beziehungen der VR China zu Afrika vornehmlich auf die sog. "Pingpong-Diplomatie", d.h. den Austausch von Sportdelegationen im Rahmen der Volksdiplomatie, und die Durchführung ihrer verschiedenen Wirtschaftshilfeprojekte (meist auf landwirtschaftlichem, bewässerungstechnischem und medizinischem Gebiet) beschränkt hatten, werden z.Zt. die politischen Bande zwischen Peking und Afrika wieder enger geknüpft. Dabei dürfte das sichtbar wachsende strategische Interesse Moskaus (dessen Wirtschaftshilfe in Afrika schon immer mit der der VR China rivalisierte) an Afrika und den

Seewegen um Afrika, wie es vor allem im Ringen um Angola zum Ausdruck kam, einen wichtigen Anstoß gegeben haben.

Nachdem vom 11. bis 15. Juni unter großer publizistischer Beachtung auf chinesischer Seite (NCNA 10., 11., 12., 13., 14. und 15.6.) der Präsident der Demokratischen Republik Madagaskar, Didier Ratsiraka, die Volksrepublik besucht hatte und in Bankettreden beiderseits die Verbundenheit u.a. im Interesse des Friedens im Indischen Ozean betont worden war (NCNA 12.6.76), wurde nun vom 15. bis 20. Juli dem Staatspräsidenten der Volksrepublik Benin (des ehemaligen Dahome), Mathieu Kerekou, ein außerordentlich freundlicher Empfang von höchsten chinesischen Stellen und ein herzlicher Willkommensgruß der JMJP (NCNA 15.7.) zuteil. Ihm gegenüber wurden die Erfolge auf dem Wege zur afrikanischen Einheit gegen negative Einflüsse der Supermächte - besonders derjenigen, die sich "der natürliche Verbündete des Volkes von Afrika" nennt - gerühmt, während Kerekou sich in seiner Bankettrede mit dem Wunsch revanchierte, Taiwan möge bald in den Schoß des Mutterlandes zurückkehren (NCNA 16.7.). Am 27.7. traf der Staatspräsident von Botswana, Sir Seretse Khama, zu einem Staatsbesuch in Peking ein (NCNA 27.7. ff.). Am 25.7. brachte NCNA bereits einen Bericht über Botswana, dessen Bodenschätze (Diamanten, Kupfer, Nickel, Kohle) nicht über die ungünstige geographische Lage im Inneren des südlichen Afrika hinwegtrösten können. Entsprechend wurde in den Bankettreden auch fast ausschließlich über die Sorgen Botswanas inmitten einer unruhigen afrikanischen Umwelt gesprochen (NCNA 29.7.).

Mit den Seychellen, bei deren Unabhängigkeitsfeiern am 28.6. auf Einladung der Regierung des neuen Landes der chinesische Botschafter in Äthiopien, Yang Shou-cheng, als Vertreter der chinesischen Regierung anwesend war (NCNA 25.6.), nahm die VR China sogleich diplomatische Beziehungen auf, die von JMJP am 13.6. mit einem ausführlichen Leitartikel begrüßt wurden (NCNA 13.7.). Mit Somalia, zu dem die Wirtschaftshilfebeziehungen seit Jahren besonders eng sind, schloß die VR China ein Protokoll über die Entsendung einer weiteren chinesischen Medizinergruppe (NCNA 106.).

Auf hoher Ebene spielten sich auch die Besuche ab, die der Innenminister der kürzlich (13.11.75) selbständig gewordenen Komoren, Salim Himidi, der mit einem Abkommen über wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit in der Tasche Peking verließ (10.6., NCNA 11.6.), und der äthiopische amtierende Minister für Handel und Industrie, Dr. Yigletu, der einen Handelsvertrag und ein Handelsprotokoll für 1976 aus Peking mitbrachte (30.6., NCNA 1.7.76), der VR China abstatteten, während Ägypten mit dem zu Besuch weilenden stellvertretenden chinesischen Außenhandelsminister Chen Chieh - nach dem kürzlich abgeschlossenen Militärpakt zwischen China und Ägypten (C.a. Juni 1976, S. 277 ff.), dem jetzt die Entsendung eines ägyptischen Militärattachés nach China folgte - ein Handelsprotokoll für 1976 unter Dach und Fach brachte (6.6., NCNA 7.6.76), und der chinesische Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Ausland, Fang Yi, im Juni den Sudan und Ägypten bereiste, um dann zur 8. Gesprächsrunde zwischen China, Tansania und Sambia via Daressalam nach Lusaka zu reisen. In Zambia wohnte er am 14.7. - zusammen mit Sun Ch'ien, einem der eigens dazu angereisten stellvertretenden chinesischen Ministerpräsidenten, - der Übergabe des größten chinesischen Wirtschaftshilfeprojektes, der Tan-Zaim-Bahn, bei (NCNA 16.7.). Ebenfalls im

Juli kamen aus der Republik Niger der Minister für Wirtschaft, Handel und Industrie, Alfidja Aberrahmane (NCNA 12.7.76 ff.), aus Nigeria eine Verkehrsdelegation auf Ministerialebene (NCNA 15.7.) nach Peking. Auch die Besuche einer Delegation der algerischen Luftwaffe unter ihrem Oberkommandierenden, Moussouni Belkacem (30.6.-7.7., NCNA 2.7.), einer hochrangigen Militärdelegation aus Ghana im Juni (NCNA 3.6.), je einer Jugend- (NCNA 25.6.) und einer Verkehrsdelegation (NCNA 15.7.) auf Ministerialebene aus Nigeria, einer Landwirtschaftsdelegation aus Uganda, (NCNA 11.6.) sowie einer Wissenschaftsdelegation aus Kenya (NCNA 19.7.) sprengten den Rahmen der üblichen "volksdiplomatischen" Kontakte mit Afrika, wie sie sich während der letzten beiden Monate ebenfalls in großer Zahl abspielten. Chinesische Sportler besuchten Benin, Burundi, Kamerun, Mozambique, Senegal, Tanzania und Togo, während Sportler aus Äthiopien, Mali, Obervolta, Tunesien und Uganda zu Freundschaftsspielen nach Peking kamen. Pressedelegationen in beiden Richtungen runden das Bild ab (s.c.a. Official Activities, Delegationen Juni und Juli 1976). Von der OAU-Gipfelkonferenz im Juni, zu deren Beginn der chinesische Ministerpräsident Hua Kuo-feng eine Grußbotschaft nach Port Louis, Mauritius sandte, erschienen in JMJP (8.7.) sowie PRu und PRe (1976/No.29) ermunternde Kommentare und Berichte.

(9) Kompliment Pekings für den Olympia-Boycott der afrikanischen Staaten

Als einen wirkungsvollen und in der Geschichte der Olympischen Spiele bisher "einzigartigen Schlag gegen den Imperialismus" hat Hsinhua (NCNA 27.7.76) den Olympia-Boycott der zahlreichen afrikanischen Staaten bezeichnet. Dieses Ereignis habe bewiesen, daß es "wichtiger ist, seinen Prinzipien treu zu bleiben, als Medaillen zu gewinnen".

Am 15. Juli bereits hat die JMJP einen scharfen Angriff gegen die Sowjetunion gerichtet, weil sie die Mitgliedschaft Taiwans im Internationalen Olympischen Komitee (IOC) unterstütze. Wörtlich: "Während die Chiang-Clique von Tag zu Tag mehr isoliert wird, versuchen die sowjetischen Revisionisten, ihr zu helfen - aus der verbrecherischen Absicht heraus, China zu schaden." Die UdSSR wünsche offensichtlich, Taiwan könne seinen Sitz im IOC bis zu den Olympischen Spielen 1980 in Moskau behalten.

Bisher ergeht man sich noch in Spekulationen darüber, ob die Volksrepublik China 1980 in Moskau an den Olympischen Spielen teilnehmen möchte. Die Einrichtung von 6 Hochschulen für Körperkultur und die zahlreichen Meldungen über provinzielle und gesamtchinesische Sportveranstaltungen lassen auf ein intensiviertes Training der Sportler schließen.

Nicht auszuschließen ist freilich auch die andere Möglichkeit, daß Peking Olympische Spiele der Dritten Welt veranstalten könnte. Dies wären dann die "Gelben Olympischen Spiele" (so Die Welt 15. Juli 1976).

Schon einmal hat sich Peking an solchen "Gegen"-Spielen beteiligt, nämlich an der Ganefo im Indonesien Sukarnos. Spiele der Dritten Welt ließen sich übrigens mit dem außenpolitischen "Vereinten-Fronten-Konzept" der VR China gut vereinbaren.

(10) Entebbe: China verurteilt "nackte Aggression" Israels

Die Blitzaktion, bei der ein israelisches Sonderkommando am 4.7.76 im Handstreich auf dem Flughafen von Entebbe (Uganda) nahezu alle israelischen Geiseln befreien konnte, veranlaßte die VR China, während einer Debatte vor dem Sicherheitsrat der UN zu einer scharfen anti-zionistischen Stellungnahme.

In einem Bericht vom 15.7.76 über die Entebbe-Debatte zitierte NCNA den chinesischen Vertreter, Lai Ya-li, wie folgt: "Dies ist ein vorsätzlicher und nackter Aggressionsakt, der durch den israelischen Zionismus planvoll gegen einen souveränen Staat verübt wurde. Er stellt eine schwere Verletzung und ein Herumtrampeln auf der UN-Charta dar, und enthüllt einmal mehr das Verhalten des israelischen Zionismus, sich unnachgiebig zum Feind der arabischen und afrikanischen Völker zu machen.

Die Regierung und das Volk Chinas bringen ihre Entrüstung über den ungezügeltten Akt der Aggression, der durch die israelischen Zionisten verübt wurde, zum Ausdruck und verurteilen ihn scharf."

Weiter erklärte der chinesische Sprecher:

"Wie allen bekannt ist, haben wir immer derartige abenteuerlichen Akte des Terrorismus mißbilligt, wie Ermordung, Kidnapping und Flugzeugentführungen. Sie können jedoch in keiner Weise als Vorwand für Israel dienen, um bewaffnete Aggressionen gegen einen souveränen Staat durchzuführen". Abschließend schlug der chinesische Delegierte dem Sicherheitsrat vor, eine Resolution zur Unterstützung der "gerechten Forderungen" der afrikanischen Staaten und der O.A.U. Gipfelkonferenz zu verabschieden, in der Israel wegen seiner "aggressiven Greuelthaten" gegen Uganda verurteilt und die israelischen Behörden aufgefordert werden sollten, Uganda für alle erlittenen Verluste zu entschädigen.

NAHOST

(11) China bekräftigt Unterstützung für Palästinenser

Nach einem Bericht der "Stimme Palästinas", des arabischen Geheimensenders für die arabische Welt, vom 6.7.76 wurde von offizieller politischer Seite der Botschaft der VR China in Beirut am gleichen Tage die Unterstützung des Volkes und der Regierung der VRCh für den "gerechten Kampf der palästinensischen Revolution gegen den zionistischen Feind und gegen alle Arten von verdächtigen imperialistischen Verschwörungen, die gegen den revolutionären Marsch des palästinensischen Volkes gerichtet sind", bekräftigt. Von offizieller Seite der Volksrepublik wurde ferner betont, wie es heißt, daß das Land jegliche Formen ausländischer Einmischung in die libanesischen Angelegenheiten zurückweist. Es wurde ebenfalls das Bestreben des Landes zum Ausdruck gebracht, die Integrität und Sicherheit des Landes zu erhalten. Einem Mitglied der politischen Abteilung der PLO gegenüber wurde dem Bericht zufolge dementiert, daß die VR China die sogen. Nationale libanesische Befreiungsfront unterstütze. (MD v. 8.7.76)

ASIEN

(12) Nach 15 Jahren wieder ein indischer Botschafter in Peking

Der neue indische Botschafter in Peking, Kocheril Raman Narayaman, hat am 24. Juli 1976 sein Beglaubigungsschreiben übergeben, und zwar an den Bürgermeister von Peking, Wu Teh, der damit - in der Nachfolge Chu Tehs - offensichtlich den Posten eines Amtierenden Staatschefs übernommen hat.

Narayaman ist nach 15 Jahren wieder der erste indische Botschafter in China. Die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern waren nach dem Grenzkrieg 1961/62 auf Geschäftsträgniveau reduziert worden. Die Wiederherstellung normaler Beziehungen auf Botschaferebene wurde von den Regierungen in Neu-Delhi und Peking im Frühjahr vereinbart.

Hauptziel der Wiederaufnahme voller Beziehungen ist es offensichtlich, vorerst wenigstens einmal die Rigidität der Beziehungen zwischen beiden Ländern abzubauen. Peking hatte die enge Zusammenarbeit Indiens mit der Sowjetunion, vor allem den sino-sowjetischen Freundschaftsvertrag vom August 1971, stets aufs schärfste beargwöhnt, hatte den Indern andererseits allerdings auch zugutegehalten, daß sie von dem Moskauer Plan eines "kollektiven Sicherheitspakts in Asien" nichts wissen wollten. Offensichtlich beabsichtigt Peking mit der Wiederannäherung an Neu-Delhi, einen Keil in die indisch-sowjetischen Beziehungen zu treiben, zumindest aber zu verhindern, daß sich die Sowjetunion noch stärker auf dem Subkontinent engagiert.

An die Wiederannäherung knüpfen sich freilich nur Minimalerwartungen. Die Lösung des lange umstrittenen indisch-chinesischen Grenzproblems wird über Nacht wohl kaum zu erreichen sein. Auch wird sich Peking wohl kaum davon abhalten lassen, in seiner Politik fortzufahren, Nachbarländer Indiens gegen Indien - und damit letztlich gegen die Sowjetunion zu einer Vereinten Front zu ermutigen. Kurzfristig könnte eine gewisse Zusammenarbeit auf kulturellem und technologischen Gebiete zustandekommen.

Die Sowjetunion nahm die Wiederaufnahme voller diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern mit eisigem Schweigen hin. TASS (englisch 14.7.76) vergaß allerdings nicht, auf die divide-et-impera-Politik Chinas in Südasien hinzuweisen. Vor allem die Annäherungsversuche Pekings gegenüber der Republik Sri Lanka seien von dem Bemühen getragen, dieses Land von Indien "zu isolieren" und auf der Insel eine "Basis für die chinesische Marine zu erwerben".

In der Zwischenzeit hat auch die Volksrepublik China ihren Missionschef für Neu-Delhi benannt. Es handelt sich um Ch'en Chao-yüan, der z.Zt. chinesischer Repräsentant in Madrid ist, und der als Kenner Indiens gilt. Seine Ernennung erfolgte am 12. Juli.

Indira Gandhi will die Entsendung eines indischen Botschafters nach Peking als einen Versuch gewertet wissen, "freundschaftliche Beziehungen mit dem Nachbarland herzustellen".

Solange allerdings Indien an seiner Moskau-freundlichen Politik festhält, werden Hoffnungen dieser Art kaum in Erfüllung gehen.

(13) Chinesische Unterstützung für die Fretilin in Ost-Timor

China hat (NCNA 19.7.76) der revolutionären Front die Unabhängigkeit Ost-Timors (Fretilin) seine volle Unterstützung beim "Befreiungskampf" und bei der Vertreibung der Indonesier

zugesagt. 85% des Territoriums würden bereits von der Fretilin kontrolliert. Deren Streitkräfte setzten "ihren ermutigenden Kampf gegen die indonesischen Aggressionsverbände fort". Im November 1975 hatte sich Ost-Timor von der fast 500jährigen Kolonialherrschaft Portugals losgerissen und war in einen Bürgerkrieg hineingeraten, der erst durch das Eingreifen indonesischer Truppenverbände gegen die bis dahin siegreiche linksgerichtete Fretilin-Bewegung entschieden wurde (Näheres C.a. Dez. 1975 Ü 14, Jan 76 Ü 10).

Radio Peking (21.7.1976, M.D. Asien 23. Juli 76 S. 13) gab folgenden weiteren Kommentar:

"Laut einer Meldung von RADIO OST-TIMOR verkündete der Vizevorsitzende der Revolutionären Front für die Unabhängigkeit Ost-Timors und Ministerpräsident der Demokratischen Republik Ost-Timor, Lobato, am 20. Juli in einer Botschaft, daß das Politische Komitee der Revolutionären Front für die Unabhängigkeit Ost-Timors am 18. Juli zu einer Sondertagung zusammengetreten ist und einstimmig einen Beschluß zur entschiedenen Bekämpfung und Verurteilung der gewaltsamen Annexion Ost-Timors durch Indonesien gefaßt hat. In der Botschaft wird erneut bekräftigt, daß die Revolutionäre Front für die Unabhängigkeit Ost-Timors den Krieg fortsetzen wird, um die indonesischen Aggressionstruppen aus Ost-Timor zu verjagen.

Ungeachtet des starken Widerstands des Volkes Ost-Timors und der Verurteilung der Aggression durch die internationale Öffentlichkeit gliederten die indonesischen Behörden am 17. Juli Ost-Timor dem Territorium Indonesiens an. Am gleichen Tag, einen Monat früher als geplant, unterzeichnete der Präsident Indonesiens, Suharto, ein Sondergesetz über die Annexion Ost-Timors, das vom indonesischen Parlament schon am 15. Juli angenommen wurde.

Die Hast, mit der Suharto dieses Sondergesetz zusammenbraute, beweist, daß die indonesischen Behörden es mit der Verwirklichung ihres wahnwitzigen Plans einer Annexion Ost-Timors sehr eilig haben. Aber die gewaltsame Annexion eines souveränen Landes mit einer Bevölkerung von mehr als 600 000 Einwohnern, die die Freiheit und Unabhängigkeit lieben, wird den indonesischen Behörden wie ein Stein, den sie erhoben haben, auf die eigenen Füße fallen."

(14) Empfindet die japanische Regierung die anti-sowjetische Rückenstütze Pekings in der Kurilenfrage als unangenehm ?

Der japanische Außenminister Kiichi Miyazawa erklärte am 9.7. 1976 vor dem japanischen Parlament, daß die Unterstützung des japanischen Kampfes für die Rückgewinnung der Nordgebiete durch China eine "Einmischung in die japanisch-sowjetischen Angelegenheiten" sei, daß man sie in Japan "nicht willkommen heißen" könne und daß sie nicht zu einer "gütlichen Lösung des Streites beitrage". Die Chinesen sollten sich m.a.W. um ihre eigenen Belange kümmern.

In einem Hsinhua-Kommentar (NCNA 18.7.76) wird diese Aussage verurteilt. Der Kreml habe die merkwürdigen Auffassungen Miyazawas als Glücksfall empfunden und sie in seiner Presse entsprechend verwertet. Letzlich komme es aber nicht auf die Meinung Miyazawas, sondern auf die Bestrebungen des japanischen Volkes an. Wörtlich: "Die sowjetische sozial-imperialistische

Bedrohung und Einschüchterung kann lediglich eine Handvoll Feiglinge, aber niemals die breiten Massen des japanischen Volkes in Angst versetzen, die mit Sicherheit den entschlossenen Kampf gegen die neuen Zaren . . . fortsetzen werden".

TASS (engl. 25.7.76) erinnert daran, daß seit mehr als einem Jahr Gespräche zwischen Japan und der VRCh über einen sogenannten Vertrag über Frieden und Freundschaft im Gange seien. Die Gespräche zögen sich so in die Länge, weil die chinesischen Führer Japan hartnäckig unter Druck setzten, eine Klausel über 'Hegemonie' in den Vertrag aufzunehmen, um dieses Dokument gegen die Sowjetunion zu richten. Die japanische Öffentlichkeit sei wegen der Forderungen Pekings ernstlich unzufrieden. 'Wie erwartet war die maoistische Führung über die Erklärung Kiichi Miyazawas empört, der allen Grund hatte, Einwände gegen die arrogante Einmischung Pekings in Angelegenheiten eines anderen Landes zu erheben. Die maoistische Führung platzte mit Schimpfwörtern heraus, indem sie den japanischen Außenminister beschuldigte, eine "antichinesische Haltung" einzunehmen'.

Hsinhua (NCNA 19.7.76) zitiert demgegenüber eine Reihe von Stimmen, so etwa den Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Japans sowie den Generaldirektor der Gesellschaft für japanisch-chinesischen Kulturaustausch, als Zeugen dafür, daß die Ansichten Miyazawas nicht der Meinung des japanischen Volkes entspreche.

Der japanische Außenminister hatte außerdem gegenüber dem amerikanischen Senator Mansfield Mitte Juli seine Besorgnis geäußert, daß die beschleunigte Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und den Vereinigten Staaten die Sicherheit Taiwans gefährden könnte. Daraufhin wurde der japanische Botschafter in China, Ogawa (am 20. Juli) in das Außenministerium Pekings gerufen. Man erklärte ihm, daß China die "Befreiung Taiwans" als rein innenpolitische Angelegenheit betrachte und keine Einmischung dulde. (IHT 21. Juli 76). Das japanische Verhalten wird als "zunehmender China-Pessimismus in Japan" interpretiert (NZZ 21. Juli 76).

In Tokio ist eine wachsende Ernüchterung über die japanisch-chinesischen Beziehungen festzustellen. Nach der Phase der Flitterwochen ist es allmählich zu einer Abkühlung gekommen, und das vermutlich zu einem wesentlichen Teil deshalb, weil sich auch die Chinesen nicht sehr zugänglich gezeigt haben und über Fragen des Handelsverkehrs und der Handelsbeziehungen langwierig verhandelt werden mußte.

(15) Argumente für eine Wiedervereinigung Koreas

Zum 26. Jahrestag des Beginns der "US Aggression" gegen Korea faßt China erneut seinen Standpunkt in der koreanischen Wiedervereinigungsfrage zusammen: "Die Aggression und Intervention der USA ist das größte Hindernis für die Verwirklichung der selbständigen und friedlichen Wiedervereinigung Koreas. Mit Unterstützung und Duldung des USA-Imperialismus verfolgt die Park-Chong Hee-Clique hartnäckig eine Politik der nationalen Spaltung. Sie hat die Gespräche zwischen dem Norden und dem Süden sabotiert, die Lüge von der sogenannten "Bedrohung des Südens durch eine Invasion vom Norden" in die Welt gesetzt, große Mengen von Waffen neuen Typs eingeführt, ununterbrochen militärische Manöver durchgeführt, die faschistische Unterdrückung

der südkoreanischen Bevölkerung intensiviert und absichtlich auf der koreanischen Halbinsel verschärft. Dem Zustand der Spaltung Koreas muß ein Ende gemacht werden. Die auf der 30. Tagung der UNO-Vollversammlung im Vorjahr angenommene Resolution über die Auflösung des "UNO Kommandos", den Abzug aller unter der UNO Flagge in Südkorea stationierten ausländischen Truppen und die Ersetzung des Waffenstillstandsabkommens durch ein Friedensabkommen entspricht nicht nur den gerechten Forderungen des koreanischen Volkes, sondern verkörpert auch den sehnlichen Wunsch aller für Gerechtigkeit eintretenden Länder und Völker in Asien und der übrigen Welt. Die Vereinigten Staaten müssen in Übereinstimmung mit der Resolution der UNO-Vollversammlung das "UNO Kommando" auflösen und alle ihre Truppen aus Südkorea abziehen. Die selbständige und wirkliche Wiedervereinigung Koreas ist die allgemeine Tendenz, sie entspricht dem Willen der Völker und kann von niemandem aufgehalten werden". Im gleichen Atemzug beschwört die JMJP (25. Juni 76) auch die Wiedervereinigung Taiwans mit China.

(16) Glückwünsche der chinesischen Führungsspitze zur "Wiedervereinigung Vietnams"

Mit Schreiben vom 3. Juli 1976 haben die höchsten Repräsentanten von Partei, Volkskongreß und Regierung der VR China, Mao Tse-tung, Chu Teh und Hua Kuo-feng an die Spitzen von Partei und Staat der SR Vietnam ein Glückwunschschreiben gesandt, das - trotz der Spannungen, die in den letzten Monaten zwischen den beiden Staaten aufgekommen sind, - das chinesisch-vietnamesische Verhältnis in leuchtenden Farben schildert. "Die nationale Wiedervereinigung Vietnams ist ein großes Ereignis im politischen Leben des heutigen vietnamesischen Volkes; sie ist von hoher Bedeutung in der Geschichte des Kampfes Vietnams für die nationale Befreiung. Das chinesische Volk freut sich aufrichtig über jeden Sieg und jeden Erfolg, den das vietnamesische Brudervolk erzielt". (NCNA 3.7.76)

AUSTRALIEN

(17) China und Australien: Whitlam auf Besuch in China

Der frühere australische Ministerpräsident und jetzige Oppositionsführer G. Whitlam traf am 24. Juli in Peking ein. Er folgte damit einer Einladung des chinesischen Volksinstituts für auswärtige Angelegenheiten. Whitlam hatte die Aufnahme offizieller Beziehungen zu China als einen der ersten Schritte nach seinem Antritt als Premierminister i.J. 1972 betrieben. Offensichtlich hofft Peking auf eine Wiedereinsetzung Whitlams als Regierungschef. Einen Monat vorher hatte bereits Regierungschef Malcolm Fraser Peking besucht. TASS (engl. 6.7.76, MD Asien 7.7.76) kommentierte dazu mißtrauisch:

Während des Aufenthaltes des australischen Ministerpräsidenten in Peking begann man von dort aus Berichte über Pläne, neue militärische Ausrichtungen und Blocks im Pazifik zusammenzuzimmern, zu verbreiten, bei denen sich die maoistischen Führer in der Rolle der 'ersten Geige' sehen.

Die von hohen Pekinger Rednertribünen zugunsten einer Aufrechterhaltung und Ausweitung des Systems amerikanischer Militärstützpunkte im Pazifik und im Gebiet des Indischen Ozeans ausgesprochenen Appelle, liefen den Bemühungen südostasiatischer Län-

der, eine Friedenszone in diesem Gebiet zu schaffen, zuwider. Es erübrige sich festzustellen, daß alle Versuche, in diesem Teil der Welt irgendwelche Projekte oder Pläne wiederzubeleben, die anti-sowjetischen Vorhaben der Vorkriegszeit ähneln würden, heutzutage vor allem für diejenigen, die sich auf einen so schlüpfriegen Weg begeben möchten, noch gefährlichere Folgen haben werde.

TASS (russ., 3.7.76; nach PRAWDA) erinnert daran, daß der australische Regierungschef in Peking mit offenen Armen empfangen wurde. Dies sei verständlich, "denn um ihr Ziel zu erreichen - die internationale Entspannung zu stören - bemühen sich die Maoisten, jeden Besucher aus den kapitalistischen Ländern dafür zu benutzen". Nach wiederholten Erklärungen der Regierungskreise sei Australien bestrebt, sich an asiatischen Angelegenheiten stärker zu beteiligen. Das sei eine völlig legitime Bestrebung, wichtig jedoch sei dabei, welche Rolle Australien in Asien und in der internationalen Arena zu spielen beabsichtigt und welchen Interessen ihre Außenpolitik dienen wird.

"Die Tatsachen zeugen davon, daß der von der gegenwärtigen australischen Regierung gewählte Kurs den Hoffnungen der asiatischen Völker zuwiderläuft. Aus solchen Schritten wie Vergrößerung der Militärausgaben, aktive Beteiligung an der durch die USA betriebene Militarisierung des Indischen Ozeans ergibt sich als logische Konsequenz der Versuch, sich der Unterstützung anderer Staaten zu vergewissern, um den positiven Prozessen in Asien entgegenzuwirken".

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

(18) China und die Mitgliedschaft bei der FIFA

Die Delegierten beim Juli-Kongreß des Internationalen Fußballverbandes (FIFA) stimmten zwar (78 zu 9 Stimmen bei 13 Enthaltungen) für die Aufnahme der VR China, votierten anschließend aber mit 51 zu 5 Stimmen gegen einen Antrag der Afrikaner auf Abstimmung darüber, ob Taiwan FIFA-Mitglied bleiben könne. Seinen Unwillen, über die Taiwan-Frage zu diskutieren, begründete der Kongreß damit, daß das Thema Taiwan nicht auf der Tagesordnung stehe. Daraufhin zog die Volksrepublik den Aufnahmeantrag wieder zurück. Es bleibt also vorerst alles beim alten.

AUSLÄNDER IN CHINA

(19) Reisebeschränkungen für ausländische Studenten

Die chinesischen Behörden haben die Bewegungsfreiheit für in Peking studierende Ausländer drastisch eingeschränkt und die unbefristete Maßnahme mit Spannungen begründet, die gegenwärtig im Lande herrschen. Ein Beamter erklärte am 22.7.76 gegenüber einem der Studenten zur Erläuterung des Beschlusses der Behörden, der Grund sei der, daß im Augenblick in China der Klassenkampf tobe. "Deswegen müssen wir für Ihre Sicherheit sorgen", fügte der Beamte hinzu ohne auf weitere Einzelheiten einzugehen. Künftig würden keine Genehmigungen mehr für private Gruppen oder Einzelreisen in die Provinzen erteilt. Erlaubt sei von jetzt an nur die Beteiligung an Gruppenreisen, die von den chinesischen Behörden bzw. von den von auslän-

dischen Studenten besuchten Institute organisiert würden; dabei müsse aber die Initiative von diesen Instituten ausgehen.

Auch die Reisekosten werden sich stark erhöhen, da die ausländischen Studenten die teuerste Zugklasse wählen müssen und nicht mehr wie bisher die zweite Klasse, wozu sie im Unterschied zu anderen Ausländern früher das Recht hatten. Eine weitere Verschärfung der Bestimmungen besteht darin, daß sie für den ganzen Verlauf der Reise für 20 Yuan pro Tag einen Übersetzer nehmen müssen und nicht mehr wie bisher auf einen bezahlten Dolmetscher verzichten können. Dies heißt, daß viele von denen, die noch das Recht zu solchen Reisen haben, wahrscheinlich aus finanziellen Gründen zurückstehen müssen. Die für die Studenten verantwortlichen Beamten erklärten, die neuen Regelungen, deren Wirkungsdauer nicht festgelegt wurde, betreffen auch Reisen nach Tientsin, das bisher für die mehreren Hundert ausländischen Studenten in der Hauptstadt das beliebteste Reiseziel war. (AFP, v. 22.7.76)

(20) Deutsche Sprachlehrer für Peking

Auf Einladung des chinesischen Unterrichtsministeriums flogen am 20.7.76 drei Deutsch-Dozenten nach Peking, um am Pekinger Sprachinstitut chinesische Deutschlehrer in einem 10-wöchigen Seminar zu unterrichten. Vor 1 1/2 Jahren war schon eine Gruppe chinesischer Deutschlehrer zur Fortbildung in die Bundesrepublik gekommen.

INNENPOLITIK

(21) Chu Teh gestorben

Meldung von Hsinhua (NCNA 6.7.76): "Wie das ZK der KP China, das Ständige Komitee des Nationalen Volkskongresses und der Staatsrat der VR China mitteilen, ist Genosse Chu Teh, Mitglied des ZK der KPCh, Mitglied des Politbüros des ZK der KP China, Mitglied des Ständigen Komitees des Politbüros des ZK der KP China und Vorsitzender des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses, am 6. Juli 1976 in Peking im Alter von 90 Jahren nach längerer Krankheit gestorben."

Am gleichen Tage wurde bekanntgegeben, daß ab 8. Juli der Bevölkerung Gelegenheit gegeben werde, von der sterblichen Hülle Chu Tehs Abschied zu nehmen. Die Kondolenzzeremonie wurde auf den 9. und 10. Juli festgesetzt. Am 11. Juli 1976 fand die Trauerzeremonie statt. In einem 2. Punkt hieß es: "Gemäß Gepflogenheiten und Protokollreform unseres Landes wurde beschlossen, keine Abordnungen oder Vertretungen der Regierungen, Bruderparteien und befreundete Persönlichkeiten anderer Länder zu Kondolenzbesuchen nach China einzuladen."

Chu Teh gilt - gemeinsam mit Mao Tse-tung - als Gründer der chinesischen Volksbefreiungsarmee. Beileidstelegramme kamen unter anderem von Bundespräsident Walter Scheel (Bulletin der Bundesregierung vom 10. Juli 1976) und vom Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR. In dem letzteren Schreiben hieß es, daß das sowjetische Volk in seinem Herzen Chu Teh stets als einen hervorragenden revolutionären Internationalisten, als legendären Armeeführer und als Vorkämpfer für die Befreiung Chinas im Gedächtnis behalten werde.

(22) Fungiert der Bürgermeister von Peking, Wu Teh, nunmehr als eine Art Staatspräsident ?

Nachdem der Vorsitzende des Nationalen Volkskongresses, Marschall Chu Teh, gestorben ist, scheint der Bürgermeister von Peking, Wu Teh, der u.a. für die Niederschlagung der T'ien-an-men-Demonstrationen verantwortlich war, die Funktion eines Amtierenden Staatschefs übernommen zu haben. Zumindest hat er das Beglaubigungsschreiben des neuen indischen Botschafters in Peking entgegengenommen. Wu Teh ist Mitglied des Politbüros und einer der 22 Stellvertretenden Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Volkskongresses. Der Posten des Amtierenden Staatschefs, der formell ja nicht existiert, (genau genommen übt der Vorstand des Ständigen Ausschusses des NVK die Funktion eines - kollektiven - Staatspräsidenten aus, auch wenn dies in der neuen Verfassung nicht näher dargelegt ist) ist insofern wichtig geworden, als im Juni bekanntgegeben wurde, daß Mao Tse-tung in Zukunft keine ausländischen Gäste mehr empfangen werde.

(23) Eine neue Wendung in der "Shui-hu-chuan"-Kampagne - Kritik an Hua Kuo-feng ?

Das Schattenboxen mit vieldeutigen Anspielungen und hintergründigen Zitaten aus dem klassischen Roman "Shui-hu chuan" (in deutscher Übersetzung: Die Räuber vom Liangshan Moor) geht weiter.

Sung Chiang, die Hauptfigur des Volksromans aus dem 14. Jahrhundert, der als Anführer eines Bauernaufstandes seine bewegte Karriere begann, schließlich vor dem "Kaiser" kapitulierte und mithilfe, andere Bauernbewegungen zu unterdrücken, gilt seit dem April vergangenen Jahres als Inbegriff eines ehrgeizigen "Kapitulanten".

(Vgl. dazu: v. Schirach: "Zur Shui-hu chuan Kampagne", C.a., Oktober 1975, S. 635-638).

Hinter der überraschenden Kritik an Sung Chiang verbargen sich, wie zunächst schien, Angriffe, die auf ein führendes älteres Mitglied bzw. eine Gruppe im ZK abzielten, denen Verrat an der kommunistischen Revolution vorgeworfen wurde.

Seit der Entlassung Teng Hsiao-p'ings im April 1976 stand dann fest, daß die vorangegangene vehemente Kritik an Sung Chiang als Warnung unmittelbar an Teng Hsiao-p'ing selbst gerichtet war. Dennoch setzte sich, auch nach Tengs Entlassung, die Kritik an der Kapitulantengesinnung des Romans im allgemeinen und an der Person Sung Chiangs im besonderen, zwar weniger intensiv, aber mit den gleichen Argumenten, fort.

Heute liegt der Hauptakzent vor allem auf Sung Verrat an der Bauernrevolution und seiner Weigerung, Ch'ao Kai, dem ursprünglichen Anführer der 108 Helden, die in der Schlacht gestorben waren, einen Platz auf der offiziellen Ehrenliste der gefallenen Helden zuzugestehen. Ein Artikel in der "Volkszeitung" vom 20.7.76, der vor allem die Beziehung des "negativen Helden" Sung Chiang zu seinem Stellvertreter Lu Ch'un-yi (魯俊义) einer Kritik unterzog, bezeichnet hierbei eine neue Wendung, die nicht ohne Einfluß auf die gegenwärtige innenpolitische Debatte bleiben wird.

Die bisherige Kritik an Sung Chiang erfuhr insofern eine Akzentverschiebung, als Sung nun wegen der Abtretung seines